

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

August 1981

Evangelische Verantwortung

Heft 8/1981

Kapital der Zukunft

Mehr Unternehmergeist in den Unternehmen freisetzen!

Paul Halbe, Diplom-Volkswirt

Geschäfte sind Wahllokale

In der Sozialen Marktwirtschaft wird unternehmerische Leistungsfähigkeit geweckt und auf den Wettbewerb um den Verbraucher konzentriert. Die Verbraucher entscheiden durch ihr Kaufen oder Nichtkaufen über das Angebot von Waren und Dienstleistungen. Auf den Märkten findet eine permanente Abstimmung darüber statt, ob die Ergebnisse unternehmerischer Arbeit akzeptiert werden oder nicht. Basisdemokratie in Perfektion.

Wer die Vorteile des Marktes für die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen erhalten will – es gibt kein besseres System –, darf bei der Veränderung des sozialpsychologischen Prozesses zur Erstellung der Güter und Dienstleistungen den Markt als Ziel des unternehmerischen Handelns nicht aus den Augen verlieren. Gerade das aber ist offenbar die große Gefahr. Es wird nur noch nach menschenwürdigem Arbeiten gefragt und nicht mehr danach, auf welche Weise diese Arbeit denselben Menschen ein Leben frei von Not und möglichst in Wohlstand – und das von Generation zu Generation – sichern soll.

Angegriffen wird das Befehlssystem, mit dem in der Regel das Angebot für die Märkte in den Unternehmen erstellt wird. Die „Demokratisierung der Wirtschaft“ wird gefordert. Vom Ende der Hierarchien ist die Rede. Im Übereifer gerät dabei manchen alles in einen Topf: Sie erklären auch den Verbraucher zum schutzbedürftigen Mündel und das gesamte Wirtschaftssystem muß „demokratisch“ umgekrempelt werden – alle Macht den Räten.

Unternehmen, die ihre Organisation an Strukturen und Verfahren der politischen Demokratie angelehnt haben, sind – soweit man davon erfahren konnte – in Schwierigkeiten geraten. Wohl zwangsläufig: Denn die Arbeitnehmer können nicht als Belegschaftsversammlung die Verbraucher-Entscheidungen ohne Gefahr für die Existenz des Unternehmens konterkarieren;

sie müssen sich wie die Kapitaleigner den Verbraucher-Entscheidungen fügen – sonst geht das Unternehmen pleite, weil es seine erste Aufgabe, Versorgung der Menschen über die Märkte, außer acht gelassen hat.

Engagierte Mitarbeiter

Aber nur die Mitarbeiter, die über die Verbraucher-Entscheidungen auch ausreichend informiert sind, werden diese als maßgebend für ihre Arbeit akzeptieren. Sonst gilt: Was der Mitarbeiter nicht weiß, macht ihn nicht heiß. Ein Unternehmer sollte sich über Gedankenlosigkeit und Nachlässigkeiten nicht wundern, wenn er die Voraussetzungen für engagierte Mitarbeit, und zwar auf allen Arbeitsplätzen des Unternehmens, nicht geschaffen hat. Er hat versäumt, ständig zu informieren. Doch wieviel übertriebene Angst herrscht auf den Führungsebenen, sich in die Karten sehen zu lassen. Zweifelsohne: Es gehört Mut und Selbstüberwindung dazu, sein Herrschaftswissen – mit dem man ja auch seine Fehler verstecken kann – aufzugeben und stattdessen, was immer auch passiert, uneingeschränkte Information zu betreiben. Es gibt tausend Gründe, die sich vorschleichen lassen, diesen Sprung in die betriebliche Öffentlichkeit nicht zu tun: Die Konkurrenz, Unruhe, Verständnislosigkeit, unangenehme Fragen, schlafende Hunde etc.

Aber was würde denn geschehen, wenn z. B. folgendes geschähe: In den einzelnen Arbeitsbereichen werden Tafeln aufgehängt, auf denen die eingehenden Aufträge mit Artikel, Menge, Auftraggeber und Lieferdatum mitgeteilt werden. Keine geheimen Auftragsbücher, sondern für jedermann verfolgbar die Auftragslage. Die Mitarbeiter würden erkennen, ob es der Firma gut oder schlecht geht; sie könnten das Auf und Ab des Marktes mitverfolgen. Das wäre ein Anfang, an den sich selbstverständlich weitere Informationen anschließen müssen. Und damit die

Informationen auch verstanden werden, müssen sie mit Bildungsarbeit gekoppelt werden.

Wichtig ist, daß die Mitarbeiter nicht überfordert werden. Denn sonst erlischt das Interesse und es wird über die Köpfe hinweg geredet. Sicherstes Mittel, dieser Gefahr zu entgehen, ist das Aufgreifen der ständig erlebten Unternehmenswirklichkeit. So konkret wie nur möglich.

Erfahrungen mit konsequenten betrieblichen Informationssystemen zeigen: Wer als Unternehmer seine Karten den Mitarbeitern gegenüber auf den Tisch legt, gewinnt ein großartiges Vertrauenskapital.

Nicht vom Brot allein

Die Einstellung von Unternehmern zu ihren Mitarbeitern ist sehr unterschiedlich. Für den einen sind die Arbeiter und Angestellten Personal an den Maschinen, für den anderen die Soldaten und Mannschaften im Kampf um Marktanteile. Der eine nennt sie Arbeitskräfte, der andere Mitarbeiter. Wieder andere sehen sie ausschließlich als Kostenfaktoren. Wer und was sind denn aber die Menschen in den Betrieben? Genau dieselben, die man als Verbraucher aus der Marktforschung bestens kennt.

Menschen haben Bedürfnisse nicht nur, wenn sie in den Supermarkt gehen, sondern auch im Betrieb. Zum Beispiel möchte jeder anerkannt und respektiert werden. Nicht Rädchen im Getriebe sein, anonym und austauschbar, sondern geachtet und unverwechselbar. Nicht Lohnempfänger, abhängig Beschäftigter, Befehlsempfänger. Insbesondere möchte er die Achtung derer, die mit ihrer Meinung im Betrieb maßgebend sind. Das müssen nicht unbedingt die Chefs sein. Das Bedürfnis aufgenommen und anerkannt zu sein, befriedigen in vielen Unternehmen z. B. auch Gewerkschaftsmitglieder.

Man kann ein Unternehmen als Markt starker immaterieller Bedürfnisse bezeichnen: Sinnvolle Arbeit, Chancengerechtigkeit, sicherer Arbeitsplatz, soziale Geborgenheit, Selbstverwirklichung. Unternehmen werden sicher nie zum Paradies. Dennoch: Viele Bedürfnisse lassen sich zufriedenstellend erfüllen. Manche davon können ausschließlich am Arbeitsplatz befriedigt werden: Leistung, die Einkommen und Anerkennung schafft; Leistung, die einem das Gefühl gibt, lebensstüchtig zu sein, die einem das Selbstvertrauen gibt, seinen Mann stehen zu können; Wissen um den Sinn der Arbeit, die man tut; Wissen um die Zusammenhänge, die Arbeit notwendig und sinnvoll machen; Erleben der Erfolge, die sinnvolle Arbeit möglich macht.

Macht euch die Erde untertan

Jeder Mensch besitzt unternehmerische Fähigkeiten. Wer die Freizeit-Aktivitäten seiner Mitbürger beobachtet, ihre Mitwirkung in Organisationen und Vereinen, ihre Ferienplanung und Wochenendunternehmungen, der wird nicht umhinkönnen, ihnen kreative und dispositive Fähigkeiten, Engagement und Verantwortungsbereitschaft zu konstatieren.

Viele Menschen sind durchaus gewohnt, sich ihre Beschäftigung einzuteilen, mit anderen zu kooperieren, sich Problemlösungen einfallen zu lassen etc. – Warum sollen diese Menschen plötzlich mit Betre-

ten der Werkshallen oder Büroräume zu unselbständigen Befehlsempfängern werden? Etwa nur, weil man sie im Laufe der Zeit in diese Rolle gezwängt hat? Weil die Führung durch Befehle sich durch Jahrtausende erhalten hat? Weil Befehlssysteme so eindrucksvoll zielstrebiges und wirkungsvolles Handeln ermöglichen? Aber zu welchem Preis an Unfreiheit! Die Erfahrung heute lautet: Mit Befehlen und entsprechenden Kontrollen, mit Akkordsystem und Prämienzahlungen kann die erforderliche Arbeitsproduktivität künftig immer weniger erreicht werden. Zeiten und Menschen haben sich geändert. Viele Unternehmensmodelle sind veraltet: Das Unternehmen als große Familie mit dem Unternehmer als Oberhaupt; das Unternehmen als Armee mit Linien- und Stabsstrukturen und dem Unternehmer als Generalfeldmarschall; das Unternehmen als Maschinen-Ansammlung mit Menschen als Verbindungselementen und dem Unternehmer als Obergeringenieur an sämtlichen Schalthebeln.

Es würden sich heute viel mehr Menschen selbstständig machen, ließe sich das Risiko bei einem solchen Schritt ähnlich dosieren wie bei der Geldanlage. Bei den vorherrschenden Verhältnissen erscheint vielen der Wunsch zur Selbstständigkeit indes unerfüllbar, weil sie die Folgen nicht übersehen können und weil keine Gemeinschaft ihnen die innere Sicherheit dazu gibt. Immer mehr Menschen begraben daher ihren Wunsch nach Selbstständigkeit. Wieviel unternehmerische Potenz geht uns dadurch verloren!

Wie eine am Markt orientierte Volkswirtschaft eine Rahmenordnung braucht, so braucht ein Unternehmen, das die unternehmerischen Fähigkeiten seiner Mitarbeiter und ihre individuellen Bedürfnisse aufgreift, auch eine entsprechende Ordnung. Es muß Strukturen entwickeln, die den Zielsetzungen bestmöglich dienen. Maßgebend sind einmal die Erfordernisse des Marktes, also ständige Produktverbesserung, konkurrenzfähige Preise, zuverlässige Lieferung, Service etc., und zum anderen sozialpsychologische Faktoren bei der Gestaltung der unternehmerischen Tätigkeit, also Gruppenzugehörigkeit, überschaubare Gruppen, Gruppenleiter mit Autorität aufgrund ihrer Persönlichkeit, klare Zuordnung der Verantwortlichkeiten aufgrund der Qualifikationen, an den Zielen orientierte und ständig geübte Kommunikation usw. Die Struktur muß Minderwertigkeitsgefühle und Abhängigkeitsängste auflösen helfen. Stattdessen: leistungsgerechtes Selbstwertgefühl, unternehmerischer Einsatz und Mannschaftsgeist.

Im Schweiß deines Angesichts

Welch ungeheure Strapazen nehmen Menschen auf sich, wenn sie sich mit einer Aufgabe identifizieren; wenn sie sich ein Ziel gesetzt haben! Niemand hat sie dazu gezwungen. Aber es ist ihr Wille. Wir leben in einer Zeit der Höchstleistungen und Rekorde. Daß Leistung Spaß und Freude bereitet, ist nirgends so offenkundig wie im Sport. Niemand zwingt die Jogger, schweißtriefend und keuchend durch die Landschaft zu laufen. Für den Spaß an der persönlichen Leistung, sei es das Skilaufen, das Tennisspielen oder Surfen, geben viele Leute viel Geld aus. Warum soll anstrengende Tätigkeit am Arbeitsplatz immer nur Malochen sein?

Unternehmerische Leistungen haben uns zu relativem Reichtum gebracht. Leistung wird von Kritikern unserer Zeit jedoch infrage gestellt. Als ob Leistung etwas Unmenschliches wäre; als ob menschliches Überleben ohne Leistung möglich sei; als ob der selbstverständlich geforderte Wohlstand ohne Leistung überhaupt erreichbar, geschweige denn erhaltbar wäre. Worauf es ankommt: Eine Leistung muß durch Gegenleistung ihren Sinn und ihre Anerkennung finden; sie muß ihren Wert haben. Für unternehmerische Menschen ist das immer wieder motivierende Erfahrung.

Wo Information und Weiterbildung das dazugehörige Wissen ausbreiten, bildet sich im Laufe der Zeit Selbstsicherheit. Man weiß um die Zusammenhänge der Arbeitsbereiche und durchschaut die Entwicklungen auf den Märkten. Sorgen und Ängste, Widerstände und Blockaden lösen sich auf. Man fühlt sich nicht mehr einem vom Unternehmer undurchschaubar beeinflussten Schicksal ausgeliefert, sondern weiß Bescheid. Aus der Selbstsicherheit wächst selbstbewußtes Handeln. Aus dem Erfolg solchen Handelns entwickelt sich Verantwortungsbereitschaft. Im Kontakt mit den Kollegen kommt es zu mehr und mehr selbständigem Arbeiten. Über die Informationen und ihre Interpretation durch den Unternehmer, die Leitenden Angestellten und die Gruppenleiter werden die Ziele und Leistungserfordernisse klar. Wie die Ziele zu erreichen sind, darüber verständigt man sich untereinander. Selbstverständlich gibt es immer wieder mal „Fehlpassé“ in der Zusammenarbeit. Doch da man die Auswirkungen schnell erfährt, wird mit vereinten Kräften die Reduzierung der Fehlleistungen angestrebt. Spielverderber haben keine Chance.

Alle Macht geht von den Kunden aus

Die Gruppenleiter haben besondere Verantwortung. Sie sind die Spielmacher. Ihre Tätigkeiten: Initiative ergreifen, koordinieren, Anregungen aufgreifen, Warum-Fragen beantworten, Notwendigkeiten begründen, vorausplanen, Konflikte lösen, die Arbeitsabläufe im Griff haben, Mannschaftsgeist pflegen. Entsprechend ist ihr Selbständigkeits- bzw. Verantwortungsgrad: z. B. Absprachen mit anderen Gruppenleitern, Terminvereinbarungen, zusätzliche Mitarbeiter bei Engpässen, Einsatz der Maschinen. Prinzip: Wo die Sachkompetenz liegt, ist auch die Entscheidungskompetenz.

Jede Entscheidung muß letztlich von den Verbrauchern auf den Märkten bestätigt werden. Sie geben dem Unternehmen seine Existenz. Die Verbraucher legitimieren dadurch jedwede Machtausübung im Unternehmen und geben allen Entscheidungen die eigentliche Begründung – schalten in einem Unternehmen informierter Mitarbeiter person- und positionsgebundenes Machtgebaren aus. Jede Entscheidung, auch wenn sie nach persönlichem Ermessen gefällt wird, wird – stets erkennbar – vor dem Hintergrund des Marktes getroffen. Der Kunde ist der Souverän, und der Unternehmer mit seiner Mannschaft muß durch permanente Leistung sich seine Gunst erhalten.

Bei Entscheidungen ist es ein großer Unterschied, ob die Mitarbeiter sie aus heiterem Himmel erfah-

ren oder ob das Problem bekannt ist und die Entscheidung erwartet wurde, ob man um die Hintergründe weiß und die Chance hatte, sich zu äußern. Selbstverständlich gibt es Fehlentscheidungen. Auf allen Ebenen. Mit unterschiedlichen Auswirkungen. Das Informationssystem sorgt aber dafür, daß sie nicht unter den Teppich gekehrt werden können. Wo niemand vom „Irren ist menschlich“ ausgeschlossen ist, ist auch die Bereitschaft groß, die Folgen gemeinsam zu bewältigen. Die Ursachenbesprechung bereitet dann die Entscheidungen vor, die den Wiederholungsfall möglichst ausschließen soll. Letztverantwortlicher sowohl dem Markt wie den Kapitalgebern gegenüber ist der Unternehmer. Da er in vollem Umfang für das gesamte Unternehmen haftet, hat er die letzte und uneingeschränkte Entscheidungsgewalt. Seine Fehlentscheidungen straft der Markt mit Nachfrage-Entzug. Wird der innerbetriebliche Markt der immateriellen Güter unzureichend oder falsch „beliefert“, sinken die unternehmerischen Leistungen.

Der Unternehmer wird also darauf bedacht sein, sowohl den innerbetrieblichen wie den außerbetrieblichen Markt bestmöglich zu bedienen, um dadurch drittens auch den Kapitalmarkt zufriedenstellen zu können. Seine Macht hängt ab von seiner Leistung für die drei von ihm zu bedienenden Märkte: Kunden, Mitarbeiter, Kapitalgeber. Fehlleistungen enden mit Machtentzug.

Gewinne sind Wahlerfolge

Gewinn signalisiert, daß die Leistungen eines Unternehmens die Kosten übersteigende Gegenleistungen erzielt haben. Dann werden in aller Regel die Leistungen weiter ausgebaut. Es wird investiert. Mit neuen Gebäuden und Maschinen wird versucht, Produkte und Dienstleistungen zu verbessern und zu erweitern. Der Knappheit von Gütern und Dienstleistungen wird entgegengewirkt. Bei der ungeheuren Zunahme der Weltbevölkerung heute eine zwingende Notwendigkeit: Wachstum.

Aber wieso eigentlich gelten nur neue Gebäude und Maschinen als zukunftssträchtige Investitionen? Und wieso sind Zahlungen aus dem Gewinn an die Mitarbeiter keine Investitionen, wenn dadurch die Unternehmensleistung ähnlich gesteigert werden kann wie durch bessere Maschinen?

Unternehmer, die Erfolgsbeteiligung ihrer Mitarbeiter praktizieren, haben die Erfahrung gemacht, daß eine solche Beteiligung als eine investitionsähnliche Maßnahme zur Gewinnsteigerung zu verstehen ist. Es verbleibt in absoluten Zahlen in der Regel ein größerer Gewinn als zu Zeiten, als der Gewinn nicht mitarbeiterbezogen verwandt wurde.

Weder wird durch die Erfolgsbeteiligung der Gewinn geschmälert noch dem Unternehmen die Substanzsicherung entzogen. Wer das unterstellt, beachtet nicht, daß die unternehmerische Potenz der Mitarbeiter mindestens ein genauso großer Gewinnmaximierer sein kann wie maschinelle Anlagen modernster Bauart. Die wahre Substanz eines Unternehmens dürfte eher die unternehmerische Qualifikation seiner Menschen sein als das, was im Konkursfall in Geldkapital zurückverwandelt werden kann.

Wer Teile seines Gewinns in die Mitarbeiter „investiert“ muß allerdings um die Besonderheiten dieser „Anlage“ wissen. Mit dem Geld allein ist das keineswegs getan. Fehlen Information und Weiterbildung z. B., dann wird die Beteiligung leicht als „Lohnaufschlag“ mißverstanden. Es kommt nicht zu unternehmerischer Mitarbeit und damit fällt auch die Produktivitätssteigerung mager oder ganz aus. Erfolgreiche Erfolgsbeteiligung heißt deshalb: intensive unternehmerische Beteiligung am Erarbeiten des Erfolgs.

Viele Beteiligungsmodelle haben unter dem Stichwort „Vermögensbildung“ begonnen. Aber schon bald hat man erkannt, daß immaterielle Formen der Beteiligung hinzukommen müssen. Denn nur dann werden die unternehmerischen Kräfte geweckt und freigesetzt, die die gewünschten Zukunftschancen eröffnen. Nur dann kann sich erneut und vermehrt auswirken, was das Erfolgsgeheimnis der Sozialen Marktwirtschaft ist: Eigenen Nutzen hat, wer anderen einen Nutzen bietet.

Für Frieden und Freiheit

Roman Herzog

Am 15. Juni 1981 hat der Bundesausschuß der CDU in Berlin neun Thesen „Für Frieden und Freiheit“ beschlossen. Da diese Thesen unter maßgeblicher Beteiligung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU erarbeitet worden waren, hielt Prof. Roman Herzog vor dem „kleinen CDU-Parteitag“ die folgende Einführungsrede. Die Thesen finden Sie in dieser Ausgabe der EV unter „Zur Diskussion gestellt“.

Der Bundesvorstand unserer Partei hat Ihnen den Entwurf einer Erklärung zur Friedensfrage und damit zugleich zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgelegt und bittet Sie um ihre Verabschiedung.

Diese Initiative kommt nicht von ungefähr. Nach zwei Jahrzehnten, in denen zwischen allen politischen Lagern der Bundesrepublik Deutschland Einigkeit über die Notwendigkeit der Verteidigung und ihre ethischen Grundlagen bestand, ist dieser Konsens heute wieder in Frage gestellt.

Uns beschäftigen nicht jene pazifistischen Gruppen, die von der DKP auf den Weg gebracht worden sind und von ihr nach wie vor gesteuert werden. Mit dem Kommunismus ist das deutsche Volk immer noch fertig geworden, auch wenn er als Wolf im Schafspelz aufgetreten ist. Ginge es nur um ihn und ein paar Schafe, die unter dem Schafspelz den Rachen des Wolfes nicht sehen, dann wäre auch heute noch über diesen Zweckpazifismus, wie ihn Kurt Schumacher einmal genannt hat, kein Wort zu verlieren.

Die sogenannte Friedensbewegung, die vor unseren Augen in Gang gesetzt wird, ist entschieden gefährlicher. In ihr drohen sich ultralinke Marxisten und Sozialisten mit überzeugten Pazifisten, Christen mit Kriegsdienstverweigerern, Bekenner mit Rückversicherern zu einer Bewegung zu vereinigen, die eines Tages durchaus das Attribut „machtvoll“ verdienen könnte, wenn wir nicht zur Stelle sind und uns mit ihr rückhaltlos auseinandersetzen.

Meine Freunde, ich warne uns alle davor, den Anhängern dieser Bewegung allzu einheitliche Motive zu unterstellen. Es ist nicht jeder ein Kommunist oder auch nur ein bewußter Feind unseres freiheitlichen Staates, der heute für totale und einseitige Abrüstung eintritt. Die Motive und die Absichten sind viel heterogener. Neben dem moskauhörigen Kommunisten steht der Pietist, der einfach den Unfrieden in der Welt nicht mehr erträgt und etwas dagegen unternehmen will. Neben dem altgewordenen Ostermarschierer stehen junge Menschen, denen angst ist in einer total überrüsteten Welt. Neben dem wirklichkeitsfremden Weltverbesserer steht die Frau, die ihren Mann im Krieg verloren hat und ihren Kindern und Enkeln das gleiche Schicksal ersparen will.

Das ist unsere Chance, wenn wir entschlossen und beharrlich in die geistige und argumentative Auseinandersetzung mit diesem Neo-Pazifismus eintreten; dann wird er

nämlich unseren Argumenten nicht gewachsen sein. Aber es ist auch eine unermeßliche Gefahr, wenn wir ihn sich selber überlassen; denn da er für jeden etwas bringt, wird er auch viele in seinen Bann ziehen können.

Daß von den Kräften, die aus gutem Grund für eine bewaffnete Verteidigung sind, viel Wirksames gegen den neuen Ton unternommen worden sei, wird man schwerlich behaupten können. Die SPD ist in dieser Frage mehr als in jeder anderen handlungsunfähig. Der F.D.P. geht es, wie der Kölner Parteitag gezeigt hat, nicht sehr viel besser. Das Beste, was von den Gewerkschaften gesagt werden kann, ist, daß viele ihrer berufenen Repräsentanten sich bedeckt halten. Uns selbst ist es — natürlich auch infolge der uns nicht freundlichen Stimmung in vielen Massenmedien — bisher nicht ausreichend gelungen, klar zu machen, daß unser Programm der gleichmäßigen und kontrollierten Abrüstung, aber auch der Nachrüstung bis zu diesem Zeitpunkt nicht aus Leichtsinn und Zynismus, sondern aus ernster Sorge um den Fortbestand unseres freiheitlichen und damit humanen Gesellschaftssystems entspringt.

Zu größten Sorgen gibt uns die Entwicklung in den beiden großen Kirchen Anlaß. Auf die katholische Kirche will ich hier nicht eingehen; sie wird auch diesen Erosionsprozeß später und schwächer verspüren als andere. In der evangelischen Kirche aber ist er in vollem

Gang. Der Kirchentag, der übermorgen in Hamburg beginnt, kann durchaus zu einer Heerschau der sogenannten Friedensbewegung werden, jedenfalls im äußeren Erscheinungsbild der großen Veranstaltungen und Arbeitskreise; dafür wird Erhard Eppler schon sorgen und die Medien werden nicht von den Zehntausenden berichten, die nur um der Gemeinschaft der Christen und nicht um der pazifistischen Agitation willen nach Hamburg kommen.

An diesem Erscheinungsbild ändert sich zur Zeit noch nichts durch die deutlich sichtbar werdenden innerkirchlichen Gegenkräfte. Die Erklärung von fast 200 Theologen und Kirchenmännern, die unter Anführung von Eberhard Müller vor pazifistischen Irrtümern warnten, wäre dramatisch genug gewesen, um Schlagzeilen zu füllen – aber dazu kam es aus naheliegenden Gründen nicht. Und als der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Lohse, sich kürzlich für den Nachrüstungsbeschluß der NATO aussprach, da mußte er sich von Herrn Eppler in Tutzing vor aller Öffentlichkeit abkanzeln lassen – und die empörte Verurteilung, die ein solcher Ton verdient hätte und die jeder von uns sich dafür selbstverständlich eingehandelt hätte, ist ausgeblieben!

Aber die Gegenkräfte regen sich auch dort, und es ist jetzt allein an uns, ob wir sie mit unserer Arbeit und unserer Argumentation unterstützen oder ob wir sie wieder einmal allein lassen oder gar abstoßen. Hier sind drei Dinge unerlässlich:

1. Die Auseinandersetzung, die wir hier zu bestehen haben, muß innerhalb der Gemeinden stattfinden. Unser Verhältnis zu den Bischöfen und Kirchenpräsidenten ist – nach einer Zwischenphase, in der das nicht ganz so war – heute wieder ausgezeichnet. Sie stimmen mit uns in vielen Grundsatzfragen überein und dort, wo das nicht so ist, hören wir wenigstens ernsthaft aufeinander. Aber die sogenannte Friedensbewegung betreibt ihr Geschäft nicht auf der Ebene der Kirchenleitungen, sondern in den Gemeinden, und dort haben wir uns mit ihr auseinanderzusetzen.

Das heißt: Die Sache muß auch unsererseits an der Basis gefoch-

ten werden. Unsere Mitglieder brauchen klare, nüchterne und vor allem überzeugende Informationen, einmal über den Zustand der Rüstung in Ost und West, zum anderen über die politischen Ziele unserer Partei in dieser Frage. Beides sollen sie mit dem heute vorliegenden Beschluß und den Anlagen dazu erhalten. Nur wenn konkret diskutiert wird, besteht die Chance, daß sich beim einzelnen die Verantwortungsethik gegen die Gesinnungsethik durchsetzt. Denn Gesinnungsethik ist in den weitaus meisten Fällen keine bestimmte ethische Grundhaltung, sondern einfach die Kompensation von Informationsdefiziten.

Es ist notwendig, daß unsere Mitglieder einen Text in der Hand haben, an Hand dessen sie argumentieren können und den sie vor allem ihren Gesprächspartnern zum weiteren Nachdenken in die Hand drücken können.

2. Die sogenannte Friedensdiskussion eignet sich weniger als jede andere für die Dekrete „ohne wenn und aber“. Wenn wir den Eindruck aufkommen lassen, als seien wir die „Rüstungspartei“ und unsere politischen Gegner die „Friedenspartei“, dann ist die Partie bereits verloren. Uns liegt am Frieden so viel wie jeder anderen menschlichen Gruppierung. Also müssen wir auch so reden.

Deshalb muß im Vordergrund jeder Diskussion stehen, daß wir mit unseren politischen Gegnern nicht darum streiten, ob es in dieser Welt Frieden geben soll, sondern allein und ausschließlich darum, auf welchem Wege er sichergestellt werden kann. Wir haben keinen Grund, die Leistungen zu verschweigen, die während zweier Jahrzehnte von CDU/CSU-Regierungen auf diesem Felde erbracht worden sind, und wir haben noch weniger Grund zu verschweigen, auf welchem Wege wir den Frieden für die Zukunft sichern wollen. Aber wir haben allen Grund, in dieser Diskussion den rasselnden Säbel, ja selbst die schnarrende Stimme zu Hause zu lassen. Das sind nicht unsere Instrumente. Also tun wir auch gar nicht so, als ob sie es wären!

Und schließlich 3. Fürchten wir uns nicht vor der Argumentation mit der Bergpredigt! Wer in der so-

genannten Friedensdiskussion mit der Bergpredigt argumentiert, meint meistens nur die Stelle vom Hinreichen der anderen Wange. Aber so simpel liegen die Dinge auch ethisch nicht.

Ich will jetzt nicht an all die kritischen Fragen erinnern, die die Bibelkritik des 19. und 20. Jahrhunderts an die Authentizität der Bergpredigt gerichtet hat. Reizvoll wäre es ja, diesen Fragen nachzugehen. Denn immerhin sind es doch bisher meist die Linken gewesen, die sich der Bibelkritik bedienten und die erst heute, wo es ihnen in den Kram paßt, plötzlich auf den unverfälschten Text des Evangeliums zurückgreifen. Wir, die Unionsparteien, sollten uns auf dieses Spielchen nicht einlassen. Unsere Position hat auch dann Bestand, wenn wir vom unverfälschten Text der Bergpredigt ausgehen.

Unser Ausgangspunkt hat das Gebot der Nächstenliebe zu sein, das uns ebenfalls von der Bergpredigt auferlegt wird. Dieses Gebot verlangt von uns, alle denkbaren Konsequenzen unseres Handelns, gerade auch unseres politischen Handelns zu bedenken.

– Einerseits die Folgen eines Krieges, der aus dem Wettrüsten durchaus entstehen könnte, und den wir gerade mit unserem Kon-

Aus dem Inhalt

| | |
|--|------|
| Kapital der Zukunft Mehr Unternehmergeist in den Unternehmen freisetzen! Paul Halbe | 1 |
| Für Frieden und Freiheit Roman Herzog | 4 |
| Zur Diskussion gestellt: „Frieden und Freiheit“ Resolution verabschiedet vom Bundesausschuß der CDU in Berlin am 15. Juni 1981 | 6 |
| Aus unserer Arbeit | 8/11 |
| Wirklichkeit ohne Geschichte? Klaus Dieter Reichardt | 9 |
| Mit oder ohne Kernenergie Friedrich Schreyer | 10 |
| Leserbrief | 12 |

zept der ausgewogenen Abrüstung – wie wir glauben realistisch – erhalten wollen;

– andererseits aber auch die Folgen einer kommunistischen Annexion, die wir ebenso wenig ausschließen können, wenn wir nicht auch zur Verteidigung mit der Waffe bereit sind, und die um so wahrscheinlicher wird, je weniger wir dazu bereit sind. Wer heute für einseitige Abrüstung ist, muß wenigstens auch an die Hunderttausende denken, die nach einer kommunistischen Machtübernahme in Europa zwangsläufig in Lagern und psychiatrischen Kliniken verschwinden würden, und er muß an die kommenden Generationen denken, denen die ganze Trostlosigkeit des Marxismus-Leninismus eingetrichtert und denen damit jede Weltanschauung der Hoffnung vorenthalten würde.

Das ist der Grund, warum Pazifismus für den einzelnen eine honorifique Haltung sein mag, warum er aber niemals Grundlage einer staatlichen Politik sein kann. Und auch der Hinweis auf die Möglichkeit des Martyriums, den wir immer wieder zu hören bekommen, scheidet

genau an diesem Punkt. Die Entscheidung für das Martyrium kann jeder einzelne für sich treffen. Aber er kann sie nicht für andere treffen, und genau das tut er, wenn er eine solche Überlegung zur Grundlage politischer Entscheidungen macht.

Die Friedensfrage oder, wie wir sie besser nennen sollten, die Frage unserer Verteidigung, ist nicht nur eine militärpolitische Frage, auch dann nicht, wenn man die schwerwiegenden ethischen Probleme hinzunimmt, mit denen sie verflochten ist. Es geht heute schon um sehr viel mehr, nämlich um nichts Geringeres als um die Frage, ob unser Volk, ja ob die Völker Westeuropas überhaupt noch den Willen haben, in den staatlichen und gesellschaftlichen Formen zu leben, die sie sich mit ungeheueren Anstrengungen und vor allem unter ungeheueren Opfern in Generationen erkämpft und geschaffen haben. Es geht, mit einem Wort, um die Frage ihres Selbstbehauptungswillens.

Niemand weiß, wie die Welt in einer Generation aussehen wird. Es ist wahrscheinlicher, daß manche von den Weltregionen, die sich vor

unseren Augen etablieren, den Weg Europas so nicht gehen werden, weder was das Leben in Freiheit betrifft, noch was Technisierung und Ökonomisierung betrifft. Europa kann also nicht darauf rechnen, daß sich die Welt seine Lebensformen zu eigen machen wird. Deshalb haben wir mit zu entscheiden, ob es seine Lebensformen wenigstens im eigenen Bereich weiterführen und behaupten will.

Das ist einmal eine Frage des sozialen Ausgleichs zwischen den Völkern, vor allem mit den Ärmsten der Armen, und es ist selbstverständlich, daß wir uns in unserer heutigen Erklärung zu unterschiedenen Leistungen in dieser Richtung bekennen.

Es ist aber zugleich eine Frage unseres eigenen Behauptungswillens, der seine ethische Berechtigung so gut hat wie jeder andere. Wenn wir selber nicht mehr in der Freiheit weiterleben wollen, die uns unsere Väter erkämpft haben, brauchen wir uns mit der sogenannten Friedensbewegung nicht auseinanderzusetzen. Da wir aber so weiterleben wollen, kommt es auf diese Auseinandersetzung entscheidend an.

Zur Diskussion gestellt:

„Für Frieden und Freiheit“

Resolution

Verabschiedet vom Bundesausschuß der CDU in Berlin am 15. Juni 1981

1. Mit allen friedliebenden Menschen teilen wir die Sehnsucht nach Frieden, Gewaltfreiheit, weniger Waffen und nach Verwirklichung der Menschenrechte und mehr sozialer Gerechtigkeit in der Welt. In der Auseinandersetzung um die Verteidigungspolitik streiten wir nicht um das Ziel, sondern um den richtigen Weg zur Sicherung von Frieden und Freiheit.

2. Die CDU hat mit dem westlichen Bündnis und dem Ausbau der Bundeswehr für die Bundesrepublik Deutschland eine 30jährige Zeit des Friedens und der Freiheit eingeleitet und ermöglicht. Dieser

Friede in Europa war und ist nicht das Ergebnis neutralistischer Politik, sondern das Ergebnis der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit des freien Westens.

Heute wächst zum ersten Mal eine Generation heran, für die Frieden, Freiheit und Wohlstand selbstverständlich sind. Die Geschichte lehrt, daß es schwer ist, diese Werte zu verwirklichen, und leicht, sie zu verspielen. Es bleibt daher die Aufgabe, die Notwendigkeit der Verteidigung immer neu zu begründen.

3. Der Friede ist heute mehr denn je in Gefahr:

- durch die expansive und aggressive Politik der Sowjetunion,
- durch unverantwortliche Überrüstung in vielen Teilen der Welt,
- durch die Verletzung elementarer Menschenrechte in vielen Staaten der Welt,
- durch Armut und Elend in den Entwicklungsländern.

In Europa hat sich seit einigen Jahren eine besondere Gefährdung des Friedens ergeben. Durch die Stationierung von bis heute mehr als 220 SS 20-Raketen, von denen jede drei atomare Sprengköpfe besitzt, hat sich die Qualität der

sowjetischen Bedrohung und die strategische Lage in Europa dramatisch zuungunsten des Westens verändert. Die Fähigkeit des Westens zur Abschreckung ist in Europa nicht mehr lückenlos. Eine realistische Politik für Frieden und Freiheit muß angesichts dieser Herausforderung die Fähigkeit zur Verteidigung und die Bereitschaft zu Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle und Abrüstung miteinander verbinden. Der Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 soll das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West wiederherstellen. Die CDU bekennt sich vorbehaltlos zu einer konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung dieses Beschlusses in seinen beiden Teilen.

Die CDU hält angesichts der verheerenden Wirkungen moderner Massenvernichtungswaffen im Falle ihres Einsatzes und wegen der großen Not in der Dritten Welt nach wie vor ernsthafte Verhandlungen über ausgewogene, eindeutige und überprüfbare Rüstungsbegrenzung und Abrüstung für eine dringende Notwendigkeit. Ziel dieser Verhandlungen muß ein Gleichgewicht der Macht auf einem niedrigeren militärischen Niveau sein, das der Sicherheit aller Staaten angemessen Rechnung trägt. Die CDU/CSU tritt ein für Abrüstung mit Sicherheit. Einseitige Abrüstung gefährdet unsere Sicherheit und den Frieden.

4. Für die CDU bilden Friede und Freiheit eine unlösbare Einheit. Beide waren und sind durch den expansiven Machtanspruch der Sowjetunion in gleicher Weise bedroht. Ein Friede um den Preis ständigen Nachgebens wäre seines wahren sittlichen Inhalts, des Schutzes der Menschenrechte, beraubt. Deshalb können wir den wahren Frieden nur sichern, wenn wir bereit sind, die Menschenrechte zu verteidigen und dafür notfalls auch Opfer zu bringen.

Die Parole „lieber rot als tot“ ist verantwortungslos. Sie setzt elementare Menschen- und Freiheitsrechte aufs Spiel. Diese Parole provoziert die Aggression der unfriedlichen und die Kapitulation der friedlichen Staaten. In den letzten Jahrzehnten haben mindestens 70 Millionen Menschen das Vordringen des Kommunismus mit dem Leben bezahlen müssen. Verantwortlich ist nur eine Politik, die die

Menschen vor dieser Scheinalternative „lieber rot als tot“ bewahrt. Das Ziel unserer Friedenspolitik lautet weder „rot“ noch „tot“.

Verteidigung gegen Aggression totalitärer Staaten kann durch den gewaltfreien Widerstand in ihnen nicht ersetzt werden.

Gewaltfreier Widerstand kann die Unterdrückung ganzer Völker, wie die Erfahrung zeigt, nicht verhindern.

Nicht einmal für das Leben wäre die Unterwerfung unter ein totalitäres System eine Garantie. Dies sollten jene bedenken, die bereit sind, auf die Menschenrechte zu verzichten, um ihr eigenes Leben zu retten. Die Bereitschaft, den Frieden und den sozialen Rechtsstaat zu verteidigen, ist die beste Garantie für die Freiheit, aber auch für die Achtung des Lebens.

5. Viele Pazifisten berufen sich auf die Bergpredigt. Nach unserem Verständnis gibt uns der christliche Glaube mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Aus ihm läßt sich aber kein bestimmtes politisches Programm ableiten, auch nicht für die Verteidigungspolitik.

Die Bergpredigt ist eine Mahnung an jeden Christen. In einer Welt, in der Menschen und Staaten sich im Geiste der Bergpredigt verhielten, bedürfte es keiner Verteidigung: Der Friede ohne Waffen wäre kein Traum, sondern Wirklichkeit.

Wir leben aber nicht in einer solchen Welt. Sie ist uns nach der Bibel auch nicht verheißen. Dies übersehen Parolen wie „Frieden schaffen ohne Waffen“ und „ohne Rüstung leben“.

In der Welt, in der wir leben, hängt der Friede nicht nur von den Ansichten und Wünschen der Friedfertigen und Gutwilligen ab. Aggressionsbereitschaft und Expansionswille bestimmen immer noch die Politik vieler Staaten, besonders die der Sowjetunion.

Die Bergpredigt verlangt mit ihrer Aufforderung zur Nächstenliebe von uns christlichen Realismus. Das Gebot der Nächstenliebe verpflichtet nämlich jeden Menschen, die Freiheit und Unversehrtheit seiner Mitmenschen zu schützen und unrechte Gewalt von ihnen abzuweh-

ren. Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates ist es, eine Friedensordnung für das Zusammenleben der Bürger zu gewährleisten. Diese Aufgabe verpflichtet ihn zum Schutz der Bürger vor äußerer und innerer Gewalt.

Wer politisch auch für andere handelt, muß deshalb immer auch die Folgen seines Tuns und Unterlassens in einer friedlosen Welt bedenken. Deshalb müssen die notwendigen Sicherungen des Friedens und der Freiheit geschaffen und die Gefahren der einseitigen Abrüstung bewußt gemacht werden. Die Entscheidung absoluter Gewaltfreiheit kann ein einzelner auf sich nehmen. Er darf sie niemals anderen und der staatlichen Gemeinschaft aufzwingen.

6. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Grundsätze des Atlantischen Bündnisses schließen den Angriffskrieg bedingungslos aus. Diese Ächtung des Angriffskrieges ist ein bleibender Grundsatz unserer Sicherheitspolitik ebenso wie die Entschlossenheit, unser Land und seine Freiheit gegen Angriffe von außen zu verteidigen.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist der glaubwürdige Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt nicht nur ein rechtlich, sondern auch politisch und moralisch tragendes Fundament unserer Außenpolitik. Wir haben uns dazu verpflichtet, durch das Ja des Grundgesetzes zum Völkerrecht, in den West- und Ostverträgen, in der Schlußakte von Helsinki.

Die Charta der Vereinten Nationen kennt nur eine Ausnahme vom Gewaltverbot: das Recht der Staaten auf individuelle und gemeinsame Selbstverteidigung.

Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum Atlantischen Bündnis gibt uns die Möglichkeit, in einer Gemeinschaft freiheitlicher Staaten in Frieden zu leben und gemeinsam mit ihnen für den Frieden und die Sache der Freiheit in der Welt zu arbeiten.

Die NATO und die enge Freundschaft mit den USA sind für uns auch die Grundlage zur Verständigung und zum friedlichen Interessenausgleich mit unseren östlichen Nachbarn.

Die Verwirklichung der Menschenrechte und der nationalen

Selbstbestimmung müssen ein Ziel dieses Ausgleichs für uns Deutsche bleiben.

7. Wir fordern Respekt und Achtung für jene, die ihren Dienst am Frieden in der Bundeswehr leisten. Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert die Bereitschaft aller Bürger, für die Sicherheit unseres freien Gemeinwesens einzutreten. Aus christlicher Überzeugung respektieren wir die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Sie hat jedoch keinen höheren ethischen Wert als der Friedensdienst in der Bundeswehr.

Eine gegenteilige Auffassung hätte verheerende Folgen für den Selbstbehauptungswillen unseres Volkes und damit auch für die, denen unsere freiheitliche Verfas-

sung die Wehrdienstverweigerung möglich macht.

8. Die Ethik des Friedens verlangt unsere tätige Hilfe für die Menschen in der Dritten Welt.

Der Friede hat seinen Preis. Wir sind bereit, verstärkt Opfer zugunsten der Hilfe für die Dritte Welt zu bringen. Wir wissen aber auch, daß wirksame Hilfe nur möglich ist, wenn unsere eigene wirtschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit erhalten bleibt. Wir müssen anders leben, damit andere überleben.

Hunger und Ungleichheit in der Welt können nicht durch Entwicklungshilfe allein behoben werden. Wir halten daher eine neue Politik für notwendig, die den Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen aller Völker auf der

Grundlage einer sinnvollen Arbeitsteilung gerecht wird. Sie könnte zur Grundlage einer umfassenden internationalen Friedensordnung werden.

9. Die gegenwärtige Auseinandersetzung über die Grundfragen unserer Außen- und Sicherheitspolitik kommt in ihrer Bedeutung der Auseinandersetzung um die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungsbündnis und die Schaffung der Bundeswehr in den 50er Jahren gleich. Wir rufen alle Menschen in der Bundesrepublik Deutschland auf, mit uns gemeinsam für eine Friedensordnung einzutreten, in der wir auch in Zukunft als Teil der Gemeinschaft freier Völker gemeinsam mit unseren Freunden unser Schicksal in Frieden und Freiheit gestalten können.

Aus unserer Arbeit

Frieden — Freiheit und Verantwortung EAK-Landestagung Rheinland

Duisburg: Unmittelbar nach dem Hamburger Kirchentag konnte der Landesvorsitzende des EAK Rheinland, Hans-Ulrich Klose MdL, über 200 Delegierte der neu geschaffenen EAK-Kreisverbände des Rheinlandes zur Landestagung begrüßen. Die Friedensdiskussion, die den Kirchentag bestimmt hatte, stand deshalb auch bei der Landestagung im Mittelpunkt der Vorträge von Hans-Ulrich Klose und EAK-Bundesvorsitzendem Prof. Roman Herzog. Kritisch setzte sich Herzog besonders mit der Pazifismusbewegung in den Kirchen und dem Mißbrauch, der auch dort teilweise mit der Bergpredigt getrieben würde, auseinander. „Zwar besagt die Bergpredigt“ — so führte Herzog aus, „daß der, dem auf die linke Wange geschlagen wird, auch die rechte hinhalten soll, doch wiegt für mich schwerer das Gebot der Nächstenliebe. Denn wenn meinem Nachbarn auf die linke Wange geschlagen wird, dann darf ich nicht auch noch seine rechte Wange hinhalten“.

Bei der anschließenden Neuwahl des Landesvorstandes wurde der bisherige Landesvorsitzende, Dr. Hans-Ulrich Klose MdL, mit großer Mehrheit wiedergewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Peter von der Heydt, MdB, Köln; Pfarrer Peter Hintze,

Königswinter; Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg, MdL, Wuppertal; Margret Möller, Bonn. Ehrengast: Staatsminister a. D. Dr. Otto Flehinghaus, Düsseldorf und Lt. Reg. Direktor a. D. Hellmut Lauffs, Hilden.

Daneben gehören dem Vorstand als Beisitzer an: Maria-Therese Barth, Bonn; Dr. Dieter Beisecker, Rheinberg; Hartmut Gassner, Bornheim; Horst Günther, MdB, Duisburg; Dr. Hans Horn, MdL, Waldbröl; Karl-Heinz Humpert, Remscheid; Pfarrer Ekkehard Jacoby, Königswinter; Dr. Harald Klötsch, Krefeld; Bernd Ostwald, Oberhausen; Jürgen Quensell, Duisburg; Pfarrer Manfred Schmidt, Wuppertal; Annegret Sievert, Düsseldorf; Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, Waldbröl; Erich Weber, Erfstadt-Liblar; Bernd Wilz, MdL, Solingen.

„Friedensdienst mit und ohne Waffen“

Nienburg: Lebhaft und kontrovers verlief die Veranstaltung zur Frage der Wehrdienstpflicht und des Kriegsdienstverweigerungsrechts, zu der der EAK-Vorsitzende Gernot Pittius, Nienburg, eingeladen hatte.

Für den Referenten Klaus Pfeifer, Major in einem Langendammer Panzerbataillon, gab es keinen Zweifel, daß nur die im Natobündnis eingebettete Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepu-

blik die Voraussetzungen bietet, in Frieden und Freiheit eine weiterhin auf Entspannung und Abrüstung dringende Politik zu betreiben.

Wenn unsere freiheitliche Verfassung auch die individuelle Entscheidung respektiere, aus Gewissensgründen keinen Kriegsdienst zu leisten, dann gewähre sie jedoch ein Ausnahmerecht, das letzten Endes nur bei allgemeiner Verpflichtung zum Wehrdienst Bestand haben könne.

Dies wurde auch von dem anderen Referenten, Pastor Günther Reinboth, Beauftragter der Hannoverschen Landeskirche für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende, insofern bestätigt, als er auf die Heidelberger Thesen der evangelischen Kirchen verwies, daß das ernsthafte Bemühen des Christen um Frieden sowohl mit als auch ohne Waffen Anerkennung verdiene, wenn es auf gewissenhafter Selbstprüfung und Entscheidung beruhe.

Er betonte aber, daß für ihn selbst die Entscheidung zum Friedensdienst ohne Waffen ein deutlicherer Beweis dafür sei, daß Gottes Gebot, Frieden zu wahren, ernst genommen werde. Seiner Meinung nach könne ein Dienst mit der Waffe angesichts immer steigender Rüstungsanstrengungen in aller Welt dem Frieden nicht wirklich dienen.

Die Teilnehmer der Veranstaltung waren sich darüber einig, daß die Diskussion dieser Problematik im EAK fortgesetzt werden solle.

Wirklichkeit ohne Geschichte?

Klaus Dieter Reichardt

„Gott ist der Herr der Geschichte, der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft überschaut und lenkt!“

Cand. theol. Klaus Dieter Reichardt setzt sich deshalb kritisch mit der Politik der sozialliberalen Koalition auseinander, der er unhistorische Betrachtungsweise vorwirft.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind die drei Wahrnehmungsformen, welche dem Menschen für Zeit gegeben sind. Mit Sorge und Bestürzung konstatiert man gerade in diesen Monaten bislang ungekannter Krawalle und Massenverstöße gegen eine rechtsstaatliche Ordnung, das gebrochene Verhältnis nicht nur junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zur Geschichte und somit auch jene Vergangenheits- und Zukunftslosigkeit, die einen lähmenden Schleier von aggressivem Kulturpessimismus und Negation selbstverständlicher Zusammenhänge über unserem Land auszubreiten droht. Die marxistische Geschichtsauffassung mit ihrer platten Sicht von Vergangenheit und Gegenwart im Zerrspiegel einer mehr oder minder willkürlich postulierten Zukunft oder irgendwelche diffuse anarchistische Betrachtungsweisen von Zeit, die ohne jeden Anfang und ohne jedes Ende ein ständiges Dahinkümmern in einer orientierungs- und gesetzlosen Gegenwart qua Dogma preisen, sind letztlich das einzige, was vielen Menschen zum Umgang mit Geschehen noch einfällt.

Die große Suche nach „Werten“ hat begonnen. Mut auch zu geistigen Führungsaufgaben im Rahmen des Rechtsstaates wird selbst dann von den Politikern zunehmend gefordert werden, wenn Helmut Schmidt das nicht wahrhaben will. Die derzeitige Situation wäre ohne die Spannung zwischen den großen, der Tradition feindlichen, Luftschlössern, mit denen man Ende der 60er Jahre erfolgreich köderte, und den Folgen, die solche unrealisierbaren sozialistischen Konzepte zu hinterlassen pflegen, nicht denk-

bar. An diesem Punkt entzieht sich Schmidt, scheinbar tolerant, nicht nur dem Mut, seinen Anteil an der geistigen Orientierung und Führung zu leisten, sondern auch der Verantwortung.

Der leichtfertige Umgang mit der Vergangenheit insbesondere in den zurückliegenden Jahren sozialliberaler Regierung hat zu einem Vordringen nur mehr aus Forderungen bestehender Formen des Umgangs mit Gegenwart und Zukunft geführt. Unzweifelhaft vorhandene politische Mißstände werden zum Vehikel, Brechstangen gegen den bestehenden Staat herbeizuschaffen; Tatkraft und Konstruktivität werden durch Resignation, nicht selten mit Faulheit durchmischt, und Obstruktion ersetzt.

An diesem Punkt scheint mir eine die Vergangenheit als Stütze und Korrektiv, nicht allein selektierend und postulierend, aufnehmende Theologie gefordert. Die Beschäftigung mit dem Lauf des göttlichen Wortes durch das Universum und den für uns noch zu ermittelnden Begleitumständen dieses dramatischen Geschehens zeigt deutlich die Unwägbarkeiten der in der Hand Gottes liegenden Geschichte. Damit soll der menschlichen Passivität keineswegs das Wort geredet werden, wohl aber einer Mäßigung, einem Verzicht auf Selbstverabsolutierung und Selbstrechtfertigung, dem Vertrauen zu Gott und den menschlichen Möglichkeiten. Wir können und müssen mit den Problemen dieser Welt fertigwerden, ohne unserem Bruder Hab und Gut zu zerschlagen! Gott hat uns seine Hilfe zugesagt und sich als Herr einer Geschichte erwiesen, die uns bei der Orientierung in den Wirren der Gegenwart und auf dem Weg in eine möglichst gute Zukunft wichtige Anhaltspunkte geben kann. Wohl sind Ereignisse in der Geschichte nicht identisch, es ergeben sich aber doch entscheidende Kenntnisse im lernbereiten Umgang mit dem Vergangenen, die über die Gegenwart und die Zukunft in der Zeit als Ganzes zu wirken imstande sind.

Christen werden damit fertigwerden müssen, wenn es ihnen nicht gelingen kann, jeden davon zu überzeugen, wie fundamental wichtig es ist, die Geschichte in ihrer Gesamtheit und auch vom göttlichen Wort als ihrem grundlegenden Ordnungsprinzip her mit Bedacht und differenzierend in den Blick zu nehmen. Und dennoch sollten sie bemüht sein, aus Taschenspielerkästen hervorgezogenen und scheinwissenschaftlichen Patentrezepten die angemessenen Absagen zu erteilen. Sie sollten darauf verweisen, daß nur dem personalen Gott des Alten und Neuen Testaments der Lobpreis zukommen kann, „Herr der Geschichte“ zu sein, weil er Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft überschaut und lenkt. Sie müssen sich mutig auch den Konzepten in kirchlichen Kreisen widersetzen, welche die Realdistinktion zwischen Gott und dem Menschen aufheben wollen und unter Verleugnung der Erbsünde den Menschen zu Maß und Messendem aller Dinge erklären. Erst dann können sie behaupten, sie hätten sich um einen verantwortungsvollen Umgang mit der Wirklichkeit bemüht. Die Realität zu verteufeln, ohne sich den Problemen der Zeit auch leidend auszusetzen, kann unsere Aufgabe nicht sein, denn das hieße, Gott als Herrn nicht mehr anzuerkennen.

An diesem Punkt wird hoffentlich unübersehbar, welche großen Herausforderungen sich Politiker stellen, die ihr Metier unter dem Anspruch des „C“ ausüben wollen. Auch sie dürfen sich aus dem geistigen Bereich nicht herauslösen wollen, und gerade sie nicht. Mut zur Zukunft kann sich nicht in einem die Macht umklammernden Machiavellismus erschöpfen. Der derzeitige Unmut im Regierungslager ist ein Indiz für eine Überbetonung der Gegenwart, somit eine gebrochene Beziehung zur Geschichte und folglich auch zur Wirklichkeit. Aus der vergangenheitsverlassenen Utopie vom neuen Äon aus Menschenhand wurde ein steifes Fixiertsein auf den Moment. Die Luftschlösser sind verfilzt. Die Bewertung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als Einheit, eine neue Dignität für Geschichte und ein realistischer und mutiger Blick für die Wirklichkeit scheinen notwendig. CDU und CSU sind dazu aufgefordert.

Mit oder ohne Kernenergie?

Friedrich Schreyer

Die Darstellung des Berichtes einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Zukünftige Kernenergiepolitik“ von Dipl.-Chem. Friedrich Schreyer schließt sich thematisch an den in EV 2/81 erschienenen Artikel von Dr.-Ing. Carl A. Duckwitz „Kernenergie – ein Thema für Christen“ an.

Bemerkenswert unbekannt ist bisher der Öffentlichkeit der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages zum Thema „Zukünftige Kernenergiepolitik“ geblieben. Immerhin schloß die Kommission bereits im Sommer 1980 ihre Beratungen ab. Man kam nach Abschluß der Beratungen zu derart interessanten Ergebnissen, daß es erstaunlich ist, warum die Öffentlichkeit bis zum heutigen Tag kaum Notiz von dieser Studie genommen hat.

Hauptaufgabe der Kommission war es, für die parlamentarische Entscheidung zur Frage „Kernenergie – ja oder nein?“ eine rationale Grundlage zu entwickeln. Es wurden verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten des Energiebedarfs und der Energieversorgung mit ihren Voraussetzungen und ihren Folgen – sogenannte Energie-Pfade – untersucht. Die Analysen dieser verschiedenen energiepolitischen Pfade zeigen:

1. Bestimmte Erfolge bei der Verwirklichung von Energie-Einsparungsmöglichkeiten und bei der Nutzung erneuerbarer Energieträger sowie bestimmter Entwicklungen des wirtschaftlichen Wachstums und der strukturellen Zusammensätze der Wirtschaft können längerfristig einen Verzicht auf die Kernenergie möglich machen.

2. Der strukturelle Wandel und das Wachstum der Wirtschaft sowie die tatsächlichen Energie-Einsparungserfolge können aber auch so verlaufen, daß auf eine langfristige Nutzung der Kernenergie nicht verzichtet werden kann.

Es sind also grundsätzlich zwei langfristige Wege der Energieversorgung möglich: mit oder ohne Kernenergie. Die Kommission geht

dabei davon aus, daß die zahlreichen Maßnahmen, die sie beispielsweise zur Energieeinsparung, zur Weiterentwicklung der Kernenergie und zur Nutzung alternativer Energien getroffen hat, zügig in Angriff genommen werden, um die grundsätzliche Entscheidung „mit oder ohne Kernenergie“ für das Jahr 1990 vorzubereiten. Bis zu diesem Zeitpunkt ist nach Meinung der Kommission folgendes erforderlich:

1. Die Kernenergie muß versorgungs- und industriepolitisch erhalten bleiben. Das heißt: Kernkraftwerke müssen im Rahmen des Bedarfs zugebaut und die Entwick-

Unsere Autoren:

Paul Halbe
Dipl.-Volkswirt
Wilhelmstraße 72
5106 Roetgen

Prof. Dr. Roman Herzog, MdL
Innenminister
Dorotheenstraße 6
7000 Stuttgart 1

Friedrich Schreyer
Dipl.-Chemiker
Rudolf-Diesel-Straße 4
6900 Heidelberg

Klaus Dieter Reichardt
Plöck 48-50
6900 Heidelberg

lungsarbeiten an den technologischen Verfahren fortgesetzt werden.

2. Gleichzeitig muß auch die Möglichkeit eines eventuellen Verzichts auf Kernenergie ernsthaft geprüft und erprobt werden. Das heißt: Energie-Einsparungen und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen müssen bis zum Entscheidungsdatum so stark wie möglich gefördert werden.

Es wird also die Grundsatzentscheidung verschoben, ob ein endgültiger Ausbau der Kernenergie sich als notwendig erweist, oder ob der Einsatz der Kernenergie auf

nichtbrütende Reaktoren beschränkt bleibt, oder ob jede Kernenergienutzung verzichtbar ist.

Um die Grundsatzfrage nach der Notwendigkeit der Kernenergie beantworten zu können, wurden die langfristigen energiepolitischen Handlungsmöglichkeiten analysiert. Das Ergebnis schlug sich in vier energiepolitischen Pfaden nieder, die eine Übersicht über die öffentlich diskutierten energiepolitischen Zukunftsperspektiven erleichtern und eine Vergleichsgrundlage für deren Bewertung schaffen sollten. Da Änderungen der Struktur der Energieversorgung sowie Änderungen der Faktoren, die den Energiebedarf beeinflussen, viel Zeit erfordern, verständigte man sich darauf, einen Zeithorizont von 50 Jahren zu wählen. Die Energie-Pfade reichen also bis zum Jahre 2030.

Diese vier Pfade werden von der Kommission wie folgt charakterisiert:

1. Pfad 1 geht davon aus, daß die nächsten Jahrzehnte große Anstrengungen bezüglich der Anpassung der Infrastrukturen der Industrieländer an die sich verändernden Weltwirtschaftsbedingungen in der Dritten Welt nötig machen. Dieser Pfad schließt sich im Wirtschaftswachstum bis 2000 weitgehend an die bisherigen Wachstumsvorstellungen an und geht von leicht abnehmenden Wachstumsraten in der Zeit danach aus. Es werden mittlere Strukturveränderungen in der Wirtschaft unterstellt und die Energie-Einsparungen folgen einem angenommenen Trend. Es wird von einem umfangreichen Ausbau der Kernenergie ausgegangen, der nach dem Jahr 2000 den Einsatz von Schnellen Brutreaktoren und Wiederaufbereitungsanlagen mit einschließt. Weiter wird angenommen, daß ausreichend fossile Energieträger zur Verfügung stehen.

2. Pfad 2 geht davon aus, daß es in Zukunft erhebliche Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Primärenergieträger geben wird. Dieser Pfad ist deshalb gekennzeichnet durch starke Energie-Ein-

sparungen mittels rationeller Energieverwendung, einen Strukturwandel in der Wirtschaft, der sich dämpfend auf den Energiebedarf auswirkt, sowie ein gegenüber Pfad 1 reduziertes Wirtschaftswachstum. Die Nutzung der Kernenergie bleibt ebenso wie der Bedarf an fossilen Energieträgern hinter Pfad 1 zurück.

3. Pfad 3 geht ebenfalls davon aus, daß die Energiebeschaffung immer größere Schwierigkeiten bereiten wird, rechnet jedoch damit, daß die Nutzung der Kernenergie zunehmend kritisch beurteilt wird. Der gegenwärtige Weg, der zunehmenden Nachfrage nach Energie durch verstärkte Anstrengungen auf der Versorgungsseite zu begegnen, wird deshalb als nicht aussichtsreich angesehen. — Statt dessen wird vorgeschlagen, die die Nachfrage bestimmenden Faktoren so zu beeinflussen, daß die Energienachfrage nicht mehr weiter ansteigt. Dieser Pfad 3 ist deshalb

gekennzeichnet durch sehr starke Energie-Einsparungen mittels rationeller Energieverwendung und einem starken Strukturwandel in der Industrie, insbesondere keine weitere Steigerung der grundstoffspezifischen Produktion. Die Erwartungen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums entsprechen denen bei Pfad 2. Auf die Nutzung der Kernenergie kann schrittweise verzichtet werden. Nach dem Jahr 2000 wird Kernenergie nicht mehr genutzt.

4. Pfad 4 geht davon aus, daß der Verbrauch an Öl und Gas so schnell und umfassend wie möglich reduziert und langfristig auf die Verwendung im Verkehr und als Rohstoff beschränkt werden sollte. Die schnellste und billigste Strategie wird dabei nicht in dem verstärkten Einsatz von Kernenergie gesehen, sondern in einer sich drastisch verbessernden Nutzung der Energie und im vorrangigen und maximal möglichen Einsatz re-

generativer Energien. Daneben wird von einer leichten Steigerung des Einsatzes der reichlich verfügbaren Kohle ausgegangen, vor allem zur Prozeßwärme-Erzeugung der Industrie und zur Kraft-Wärme-Kopplung. Das Wirtschaftswachstum ist das gleiche wie bei Pfad 2 und 3. Es wird von einem starken Strukturwandel in der Wirtschaft ausgegangen. Auf die Nutzung der Kernenergie wird verzichtet.

Es erscheint mir höchst interessant, daß ein Verzicht auf die Kernenergie zwar extreme Energieeinsparungen sowie einen starken Strukturwandel in der Wirtschaft notwendig machen würde, daß aber dennoch bis zum Jahr 2000 ein Wirtschaftswachstum von 2% und danach von 1,1% möglich ist. Es bleibt noch anzumerken, daß die Pfade eins bis vier von den Gegnern wie von den Befürwortern der Kernenergie innerhalb der Enquete-Kommission als „technisch“ machbar akzeptiert wurden.

Aus unserer Arbeit

„Entwicklungshilfe in der Krise?“ — Aktuelle Fragen staatlicher kirchlicher Entwicklungshilfe

Freiburg: Eine Podiumsveranstaltung zu diesem Thema wurde vom EAK Freiburg durchgeführt. Teilnehmer des Podiums waren Pfarrer Hans-Otto Hahn, Direktor des Diakonischen Werkes Stuttgart, Staatssekretär Prof. Dr. Johann-Diedrich Hellwege aus Hannover, Dr. Klaus Lefringhausen vom Ökumenischen Arbeitskreis Kirche und Entwicklung aus Bonn und Prof. Dr. Dieter Oberndörfer als Mitglied der Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD aus Freiburg.

Als Gesprächsleiter äußerte sich zunächst der EAK-Vorsitzende Professor Oberndörfer zum Thema „Entwicklungshilfe in der Krise“. Von einer Krise könne man insofern sprechen, als die bisherige Entwicklungshilfe nicht das geschafft habe, was man von ihr erwartet habe, nämlich die Zahl der sehr armen Menschen zu reduzieren.

Dagegen betonte Hans-Otto Hahn, es dürfe keinesfalls mit dem Wort „Krise“ der Eindruck geweckt werden, Entwicklungshilfe sei eine nutzlose Angelegenheit. „Nur gewisse Ansätze haben sich als falsch erwiesen“, so Pfarrer Hahn. Ein „richtiger Ansatz“ müsse

den Menschen in der Dritten Welt als eine Einheit von Leib, Seele, Kultur begreifen und nicht Spenden liefern, sondern die Menschen befähigen, sich selbst zu helfen. „Nicht für die Zielgruppe, sondern mit ihr“ sei der Grundsatz der kirchlichen Entwicklungshilfe.

Professor Hellwege äußerte die Ansicht, die Frage „Entwicklungshilfe in der Krise“ könne man mit ja und nein beantworten. In unserer Bevölkerung sei nach wie vor der Wille vorhanden, zu helfen. So gesehen sei es nicht verfehlt von einer „Krise“ zu sprechen. Andererseits empfinden die westlichen Industrieländer die Zukunft mehr und mehr als Problem. „Wir sind uns nicht mehr sicher unseres Wegs“, formulierte Johannes Hellwege. Die „Antiindustrieeinstellung“ der entwickelten Nationen hindere diese daran, den Entwicklungsländern ein Modell zu empfehlen, was sie selbst anzweifeln. Ungewißheit breite sich darüber aus, ob der westliche Weg auch der Weg der Entwicklungsländer sein könne, ja, ob dieser für sie überhaupt erstrebenswert sei.

Auch Klaus Lefringhausen betonte, daß man nicht generell von der Entwicklungshilfe in der Krise“ sprechen könne. „Niemand weiß, auf welchem Pulverfuß wir sitzen würden, wenn wir nicht Entwicklungshilfe geleistet hätten.“ Die Entwicklungshilfe konnte die Probleme der Dritten Welt zwar nirgends völlig aus der Welt schaffen; Teilerfolge seien jedoch erzielt worden, ohne die die Situation noch schlimmer

wäre. Dennoch gäbe es in gewisser Hinsicht eine Krise der Entwicklungshilfe: Eines der dringendsten Anliegen der Entwicklungshilfe, die Bevölkerungsexplosion in den Griff zu bekommen, ist bisher mißlungen. Daraus könnten sich in Zukunft schwerwiegende Folgen ergeben. In Sao Paulo allein gäbe es im Moment etwa 700 000 ausgesetzte Kinder, die möglicherweise zu einer „Armee von Kriminellen“ heranwachsen könnten, da ihnen jegliche materielle Basis fehlt.

„CDU und Kirche“

Wesel: Bei der Hauptversammlung des Evangelischen Arbeitskreises des CDU-Kreisverbandes konnte Vorsitzender Dr. Dieter Beisecker als Gast und Referenten den Landesvorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, begrüßen. In seinem Vortrag zum Thema „CDU und Kirche“ nahm Dr. Klose Stellung zur Frage, wann, wo und wie sich die Kirche zur Politik äußern solle. So habe die Kirche das Recht und die Pflicht, die Politiker zu mahnen, ihre Entscheidungen verantwortungsbewußt zu treffen. Vertreter von Kirche und Politik sollten jede Chance nutzen, um sich als Gesprächspartner anzubieten. Eine Partei, in der der Glaube Grundlage des politischen Handelns sei, müsse ihre Position zur Kirche stets neu überdenken.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL ● Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementpreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf ● Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Leser- Brief

Die hier geäußerte Meinung
braucht nicht mit der Ansicht
des Herausgebers oder der
Redaktion übereinzustimmen.

**Betr.: Pfarrer Peter Hintze:
Zur Problematik der Arbeit im
nachindustriellen Zeitalter
(s. EV 4/81, S. 5-6)**

„Dies ist vielmehr ein Ruf nach Mitmenschlichkeit im Verhalten zueinander. Wir werden diesen höheren Grad der Mitmenschlichkeit in der nachindustriellen Zeit dringend brauchen.“ Dies sind die letzten Sätze des Beitrags: Zur Problematik der Arbeit im nachindustriellen Zeitalter, denen ich uneingeschränkt zustimmen kann.

Mitmenschlichkeit ist an keine besondere Art von Gesellschaft oder Wirtschaftsordnung gebunden; sie ist ein Auftrag und eine immerwährende Herausforderung an uns alle; ob wir selbständig oder unselbständig arbeiten, ob wir Unternehmer oder Arbeiter sind.

Hier möchte ich noch einen Schritt weitergehen und etwas überspitzt sagen: Die Qualität einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird zukünftig wesentlich mitbestimmt von der Mitmenschlichkeit, oder anders ausgedrückt: Ohne Mitmenschlichkeit wird jede Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf Dauer keinen Bestand haben.

Mitmenschlichkeit ist umfassender als sozial, sie wirkt unmittelbar von Mensch zu Mensch, auch noch da, wo kein sozialer Anspruch mehr besteht.

Nur, das Phänomen unserer Zeit ist, je mehr von sozialer Verantwortung, von sozialen Sicherungssystemen und von sozialem Frieden geredet wird, je weniger Mitmenschlichkeit wird praktiziert.

Und noch eines: „Vor Gott ist der Arbeiter bei der Müllabfuhr genauso wert-

voll wie der Universitätsprofessor.“ Im Zeitalter neuer Technologien - und wir werden sie nicht aufhalten können, selbst wenn wir wollten - wird eine Ungleichheit, wie zwischen Arbeiter und Universitätsprofessor, die mit der größeren Leistung begründet wird, nicht mehr aufrechtzuerhalten sein.

Auch da bin ich mit Pfarrer Hintze einer Meinung.

An dieser Stelle hat auch bei unserer Wirtschaftsordnung das Nachdenken einzusetzen. Nicht alles ist Leistung, was als Leistung dargestellt wird. Das Maß der Leistung ist in vielen Fällen der Bedarf; denn je knapper ein Gut ist, das der Markt verlangt, desto teurer ist eben dieses Gut.

Um beim Beispiel des Universitätsprofessors zu bleiben, es gibt sicher sehr viele von ihnen, die hervorragende Leistungen vollbringen, aber ohne die Leistung des Handwerkers, des Arbeiters, der Hausfrau kann der Universitätsprofessor nicht leben, geschweige denn arbeiten. Und seine, des Universitätsprofessors Leistung und Arbeit ist ohne die Leistung und die Arbeit von tausend andern Berufsgruppen nicht möglich.

Hier wird deutlich, wie sehr wir der Mitmenschlichkeit als des Miteinanderlebens bedürfen.

Die Fehlentwicklungen einer falschen Bildungspolitik, die uns in den nächsten Jahren noch viel zu schaffen machen werden, zeigen historische Verkrustungen.

Vor allem im Bereich der pseudo-geistigen Arbeit.

Ich warte schon lange auf den lautstarken Protest unserer Jugend. Zuweilen drängt sich mir allerdings der Verdacht auf, daß auch junge Menschen dem bequemen Besitzstanddenken in eigener Sache verhaftet sind.

- „Arbeit werde zu einem knappen Gut; daher sei das Recht auf Arbeit, das Recht auf denkende und handelnde Arbeit ein unaufgebbarer Grundsatz für unsere menschliche Gemeinschaft. -“

Auch hier kann man dem nur zustimmen, doch wie sieht die Lebenswirklichkeit aus? Was tun wir alle miteinander, daß Arbeit wieder als eine Art Lebens-

elixier empfunden wird? Viele stöhnen heute unter der Last der Arbeit und das bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von jetzt noch 40 bis 42 Stunden. Aus arbeiten wird malochen. Maloche ist ein wüstes Schimpfwort. Es gibt seit einiger Zeit ein kleines Büchlein, das den Titel trägt: „Wege zu Wissen und Wohlstand“ oder „Lieber krank feiern, als gesund schaffen.“

Der Ruf nach Verkürzung der Arbeitszeit war - jedenfalls noch bis vor einiger Zeit - eine Forderung der Lebensqualität.

Wieweit haben wir uns doch davon entfernt, daß „Arbeit zu ihrem (des Menschen) Wesen gehört“. Ich glaube nicht, daß dies alles nur „die Abhängigkeit des Menschen von der Maschine erzeugt. (Neben der materiellen Not den höchsten Leistungsdruck).“ Technischer Fortschritt gab vielen Menschen auch die Möglichkeit, innerhalb der Betriebe eine qualifiziertere Arbeit auszuüben oder einen weniger anstrengenden Arbeitsplatz zu erhalten. Technischer Fortschritt hat den Menschen doch ein wenig näher an „die denkende und handelnde Weltgestaltung“ gebracht; nämlich dadurch, daß die Maschine die härteste Arbeit übernommen hat.

Ich frage, warum alle Erleichterungen der Arbeit, die wir uns durch die Technik verschaffen konnten, letztendlich unser Wohlbefinden und unser Glücksgefühl nicht haben erhöhen können, sondern neue Sehnsüchte entstanden sind, die vergessen lassen, wie es noch vor gar nicht langer Zeit bei uns eigentlich zugeht.

Die „Urängste der Menschen“ werden wir nicht überwinden, weil sie wie Geburt und Sterben dem Menschen gegeben sind.

Sollten wir nicht alles daran setzen, das Zeitalter der neuen Technologien zu meistern? Diese Zeit sollten wir nicht als Schicksal ertragen wollen, sondern auch als Möglichkeit der Gestaltung. Wir sollten uns rüsten für diese neue Zeit und dies erfordert Umdenken und Abschied nehmen von liebgewordenen Vorstellungen.

Waltrud Will-Feld, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1